

OA-Update / 08, 15.06.2021

Südosteuropa



Mit dieser Ausgabe des Südosteuropa-Updates informieren wir wieder über die aktuellen Entwicklungen im wirtschaftspolitischen Kontext. Erfreulich ist die Entwicklung der Inzidenzzahlen, die sowohl in Deutschland als auch in Südosteuropa zurückgehen und Lockerungen mit sich bringen.

In der Rubrik Wirtschaftspolitik berichten wir über die Arbeitsaufnahme der Europäischen Staatsanwaltschaft am 1. Juni. Am 2. Juni verhängte das U.S. Department of the Treasury's Office of Foreign Assets Control (OFAC) auf Basis des Global Magnitsky Human Rights Accountability Act Sanktionen gegen drei bulgarische Geschäftsleute und gegen 64 Unternehmen, die ihnen zugerechnet werden. In der Rubrik Konjunktur werfen wir einen Blick auf die Ergebnisse der Konjunkturumfragen unserer AHK-Kolleginnen und Kollegen in Rumänien, Slowenien, Nordmazedonien, Bulgarien und Kroatien. Gleich zwei wichtige und hochrangig besetzte Konferenzen am 25. Juni zu Rumänien mit Beteiligung von Premierminister Florin Citu sowie am 30. Juni mit den Wirtschaftsministern der Länder des Westlichen Balkans stehen ebenfalls auf der Agenda.

Weitere Informationen sowie Hinweise auf interessante Publikationen und Links finden Sie im Update in diesen Rubriken:

- **Corona-Lage**
- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Corona-Lage

Das **Robert Koch Institut (RKI)** stuft aktuell nur noch Slowenien sowie die kroatischen Gespanschaften Medimurje und Varazdin als einfache Risikogebiete ein. Alle anderen Länder der Region Südosteuropa (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und Rumänien) werden **nicht mehr** länger als Risikogebiete geführt.

Ein **negatives PCR-Testergebnis wird bei Einreise in Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kosovo und Serbien** verlangt, davon ausgenommen sind Geimpfte und Genesene. In **Serbien** ([Link zur Registrierung](#)), **der Republik Moldau** ([Link zur Registrierung](#)), **Kroatien** ([Link zur Registrierung](#)) und **Rumänien** ([Link zur Registrierung](#)) wird eine Registrierung mit Angaben zu Einreise, Aufenthalt, Kontaktdaten und Gesundheitszustand nach Ankunft erwartet. Es wird empfohlen, die Registrierung bereits online durchzuführen, um lange Wartezeiten bei einem Grenzübertritt zu vermeiden.

Für **detaillierte Informationen zur Einreise** für Geimpfte, Genesene oder Personen mit Antigen-Schnelltests sowie zur aktuellen Lage in den einzelnen Ländern empfehlen wir Ihnen den Blick auf die Seiten der **diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik** sowie der **Auslandshandelskammern**. Die entsprechenden Links finden Sie unter der **Rubrik Tipps & Links**. Für Fragen zur Einreise nach Deutschland besuchen Sie die Seite des Bundesgesundheitsministeriums [hier](#).

Die **aktuellen Zahlen zur Entwicklung der Corona-Lage** in allen Ost-Ausschuss-Ländern mit den Veränderungen der Infektionslage zur Vorwoche und dem prozentualen Anteil der Infizierten an der Bevölkerung finden Sie [hier](#) auf der Internetseite des Ost-Ausschusses.

Wirtschaftspolitik

Am 1. Juni nahm die **Europäische Staatsanwaltschaft (EuStA)** unter der Leitung von EU-Generalstaatsanwältin Laura Kövesi ihre Arbeit auf. Die Behörde soll EU-weit gegen grenzübergreifende Kriminalität zu Lasten des EU-Haushaltes vorgehen und ist befugt, unter anderem folgende Straftaten zu untersuchen:

- Betrug im Zusammenhang mit Ausgaben und Einnahmen
- betrügerische Handlungen im Zusammenhang mit Mehrwertsteuer-Abgaben, die mit zwei oder mehr Mitgliedstaaten verbunden sind und einen Gesamtschaden von mindestens zehn Millionen Euro verursachen
- Bestechung, Bestechlichkeit und Veruntreuung zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU
- Mitwirkung in einer kriminellen Vereinigung, deren Handlungen sich vornehmlich auf die Begehung von Straftaten zum Nachteil des EU-Haushalts konzentrieren.

Darüber hinaus kann die EUSTa auch alle sonstigen widerrechtlichen Handlungen untersuchen und verfolgen, die mit einer gegen den EU-Haushalt gerichteten Straftat untrennbar verbunden sind. Aktuell nehmen 22 Mitgliedsländer an dieser Zusammenarbeit teil. Dies sind Belgien, **Bulgarien**, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland,

Italien, **Kroatien**, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, **Rumänien**, Slowakei, Spanien, **Slowenien**, Tschechien und Zypern. Aus der EU fehlen bislang Ungarn, Polen, Schweden, Dänemark und Irland. Weitere Informationen zu den Strukturen und Aufgaben der EUStA finden Sie auf der Seite der [Europäischen Kommission](#).

Die erste **Auslandsreise führte die Generalstaatsanwältin Kövesi am 10. Juni nach Bulgarien**, wo sie unter anderem mit Generalstaatsanwalt Ivan Geshev zusammentraf. Mit der bulgarischen Generalstaatsanwaltschaft ist die Entsendung von zehn Staatsanwälten vereinbart, von den zehn eingereichten Vorschlägen wurden aber sechs abgelehnt. Nun muss Bulgarien neue Vorschläge einreichen, eine Änderung der Vereinbarung ist nicht vorgesehen. Euractiv berichtet [hier](#). Gegen Gechev richten sich aktuell Proteste, die nach den Anti-Korruptions-Demonstrationen des letzten Sommers aktuell wieder aufgeflammt sind und mit der Forderung des Rücktritts des Generalstaatsanwaltes einhergehen. Gechev wird vorgeworfen, keine Ermittlungen in schwerwiegenden Fällen von Korruption aufgenommen zu haben.

Bereits am 2. Juni verhängte das **U.S. Department of the Treasury's Office of Foreign Assets Control (OFAC)** auf Basis des **Global Magnitsky Human Rights Accountability Act**, E.O. 13818 (vom Dezember 2020) **Sanktionen gegen drei bulgarische Staatsbürger** sowie 64 ihnen zugerechnete Unternehmen. Die vollständige Liste finden Sie [hier](#) auf der Seite des OFAC. Hintergrund sind Korruptionsvorwürfe gegen die sanktionierten Personen: dem Oligarchen Deljan Peevksi, den ehemaligen Casino- und Fußballmanager Wassil Boikow sowie dem ehemaligen stellvertretenden Chef des bulgarischen Sondergeheimdienstes Ilko Zhelyazkov. Gegen sie wurde eine Einreisesperre verhängt sowie Eigentum und Firmenanteile in den USA eingefroren. Ziel sei es, „korrupte Akteure“ zur Rechenschaft zu ziehen sowie Rechtsstaatlichkeit und die Stärkung demokratischer Institutionen in Bulgarien zu unterstützen, hieß es.

Die in **Bulgarien** amtierende Care-Taker-Regierung unter Premierminister Stefan Yanev reagierte auf die amerikanischen Sanktionen gegen drei bulgarische Staatsbürger mit der Zusammenstellung einer Liste von Personen, die ebenfalls zukünftig von Sanktionen betroffen sein könnten und verbot allen öffentlichen Einrichtungen die Zusammenarbeit mit diesen Personen. Weitere Informationen dazu, wie auch der Auseinandersetzung mit dem Büro der Staatsanwaltschaft, finden sie hier auf [BNE Intellinews](#).

Am 8. Juni unterzeichnete **US-Präsident Joe Biden** eine Anordnung über die **Ausweitung der im Jahr 2001 erlassenen und 2003 erweiterten Executive Order 13219 (Blocking Property of Persons Who Threaten International Stabilization Efforts in the Western Balkans)**. Sanktioniert werden sollen auch Personen, die zur Destabilisierung der Situation in den Ländern des Westlichen Balkans beitragen. Darüber hinaus wird der **Wirkungsbereich**, der bisher die Länder **des ehemaligen Jugoslawiens umfasste, auf Albanien erweitert**. Balkan Insight berichtet [hier](#).

Bulgarien hat die Präsidentschaft der Drei-Meeres-Initiative (**Three Seas Initiative, 3SI**) übernommen und ist Gastgeber des **Gipfels**, der am **8. und 9. Juli in Sofia** stattfinden und mit einer Wirtschaftskonferenz verbunden sein wird. Das Wirtschaftsforum wird als hybrides Event in Sofia organisiert. Informationen zur Initiative, den Projekten und Finanzierungsmöglichkeiten sowie Registrierungsmöglichkeiten (für die Online-Teilnahme)

zum Wirtschaftsforum finden Sie auf dem Internetportal der Drei-Meeres-Initiative: 3seas.eu.

Die **3SI** wurde im Jahr 2015 ins Leben gerufen. Als **Initiatoren gelten die kroatische Präsidentin Kolinda Grabar-Kitarovic und der polnische Präsident Andrzej Duda**. Ziel der Initiative ist die Verbesserung der Infrastruktur und der Energieversorgung sowie eine verstärkte Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen. Beteiligt sind zwölf Länder aus Ostmittel- und Südosteuropa: Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Österreich. Im Rahmen der Initiative wurde ein Investitionsfonds aufgelegt. Der Three Seas Initiative Investment Fund S.A. SICAV-RAIF informierte im Oktober 2020 über sein erstes Investitionsprojekt und vermeldete am 28. Mai die Investition in ein drittes Vorhaben.

Rumäniens Präsident Klaus Iohannis hat das vor wenigen Wochen im Parlament verabschiedete **5G-Gesetz** unterzeichnet. Entsprechend des Gesetzes müssen Unternehmen mehrere Bedingungen erfüllen, um am Bau von 5G-Telekommunikationsnetzen in Rumänien teilnehmen zu können. Unternehmen müssen demnach eine transparente Aktionärsstruktur nachweisen, einem Rechtssystem unterliegen, das transparente Unternehmenspraktiken vorschreibt, und dürfen keine Geschichte von unethischem Unternehmensverhalten haben. Unternehmen, die unter der Kontrolle einer ausländischen Regierung stehen, der es an einem unabhängigen Rechtssystem mangelt, können sich nicht an Ausschreibungen beteiligen. Romania Insider berichtet [hier](#).

Am 1. August übernimmt **Christian Schmidt** das Amt des **Hohen Repräsentanten in Bosnien und Herzegowina**. Seine Bestätigung erfolgte am 27. Mai durch den Lenkungsausschuss des Friedensimplementierungsrates. Der frühere Bundeslandwirtschaftsminister folgt damit auf den österreichischen Diplomaten **Valentin Inzko**, der zwölf Jahre lang das Amt innehatte. Was mit diesem Amt verbunden ist und vor welchen Herausforderungen Schmidt steht, kommentiert Christian Schwarz-Schilling, der der erste Hohe Repräsentant für Bosnien und Herzegowina war, mit einem Gastbeitrag für die Deutsche Welle [hier](#). Das Amt des Hohen Repräsentanten wurde mit dem Friedensvertrag von Dayton vor 25 Jahren installiert, um die Umsetzung des Vertrages, der gleichzeitig die Verfassung des Landes darstellt, zu überwachen. Bestellt und kontrolliert wird der Hohe Repräsentant vom sogenannten Peace Implementation Council (PIC), dem 55 Staaten und internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen, die OSZE oder die Weltbank angehören.

[Balkan Green Energy](#) berichtet über die **Entscheidung der serbischen Regierung**, das Projekt zum Bau des 350 MW Wärmekraftwerks Kolubara B aufzugeben. Der staatliche Energieversorger Elektroprivreda Srbije (EPS) wurde in einem Schreiben angewiesen, alle Aktivitäten zum Bau auszusetzen. Damit stellt die serbische Regierung die Weichen zur Energiewende und Dekarbonisierung des Energiesektors. Serbien hat in den letzten Jahren Windparks mit einer Gesamtleistung von 500 MW in Betrieb genommen. Zwei Drittel des im Ausland verbrauchten Stroms werden aktuell in Kohlekraftwerken mit einer Gesamtleistung von 4 GW produziert. Gegenwärtig baut EPS am Wärmekraftwerk Kostolac B3 mit einer Leistung von 350 MW.

Als erster Staat Europas startet **Serbien** mit der **Produktion des russischen Impfstoffs „Sputnik V“**. In den nächsten sechs **Monaten sollen vier Millionen Dosen hergestellt**

werden. Die Produktion soll 50 Millionen Euro kosten. Der Impfstoff solle hauptsächlich für den heimischen Bedarf bestimmt sein; jedoch wolle das Land auch anderen Regionen mit dem Impfstoffen helfen. Weiter Informationen finden Sie auf der Seite des ORF [hier](#).

In **Kroatien** fanden Ende Mai **Regional- und Lokalwahlen** statt. In 56 Städten, 87 Gemeinden und in 14 Gespanschaften (vergleichbar mit Bundesländern) haben rund 3,7 Millionen wahlberechtigte Kroaten gewählt. Dabei galt den vier größten Städten Zagreb, Split, Rijeka und Osijek besonderes Interesse. Die Hauptstadt Zagreb bekam nach dem plötzlichen Tod des langjährigen Bürgermeister **Milan Bandic** nach 21 Jahren ein neues Stadtoberhaupt – den Umweltaktivisten **Tomislav Tomasevic vom links-grünen Bündnis Mozemo (Wir können)**. Tomasevic konnte im zweiten Wahlgang die Wahl für sich entscheiden. Er engagiert sich seit 23 Jahren für Umweltschutz, gegen die Kommerzialisierung von öffentlichen Plätzen, für Geschlechtergerechtigkeit und gegen korrupte und intransparente Vetternwirtschaft. Außerdem geht es ihm um nachhaltige Investitionen, neue Schulen und mehr öffentlichen Verkehr. Weitere Informationen erhalten Sie bei [Der Standard](#).

Konjunktur

Bezüglich des EU-Corona-Wiederaufbauprogramms „NextGenerationEU“ gehen aktuell die **Aufbau- und Resilienzpläne** der Länder bei der EU-Kommission ein. Am 15. Mai meldete die Kommission den Eingang des kroatischen Plans (zur Pressemitteilung geht es [hier](#)). **Kroatien** plant demnach **Projekte im Rahmen des NGEU im Wert von 6,4 Milliarden Euro**. Bereits Anfang Mai hatte **Slowenien** seinen Plan eingereicht, mit dem **Mittel in Höhe von 2,5 Milliarden Euro** abgerufen werden sollen (zur passenden Pressemitteilung geht es [hier](#)).

Rumäniens Regierungschef Florin Cîțu hat im Parlament den geplanten Aufbau- und Resilienzplan vorgestellt, mit dem die Behörden die aus der europäischen Resilienzfazilität zur Verfügung stehenden 29,2 Milliarden Euro – sowohl Zuschüsse als auch Darlehen – abrufen wollen. Der Resilienzplan der Regierung, der rund 30 Kapitel umfasst, wurde der EU-Kommission übermittelt. Die AHK Rumänien berichtet [hier](#).

Die deutschen Auslandshandelskammern haben die Ergebnisse ihrer diesjährige **Konjunkturumfragen** veröffentlicht. In 16 Ländern in Mittel- und Osteuropa wurden die AHK-Mitglieder zu ihren Erwartungen an Konjunktur oder Geschäftsentwicklung befragt. Hier die einzelnen Ergebnisse:

Bulgarien: Aufgerufen waren die Mitgliedsunternehmen der Deutsch-Bulgarischen Industrie- und Handelskammer (DBIHK). 97 Prozent der Befragten würden sich erneut für eine Investition in Bulgarien entscheiden, wobei 41 Prozent der Befragten Bulgarien generell als attraktiven Standort für Investitionen sehen. Allerdings bewerteten nur sieben Prozent der Teilnehmer die wirtschaftliche Lage in Bulgarien als gut. Zum Vergleich: Bei der letzten Umfrage im Jahr 2019 lag der Anteil der optimistischen Befragten bei 25. Rund die Hälfte der Befragten (48 Prozent) bewertet die aktuelle Geschäftslage ihres Unternehmens mit gut. Herausforderungen sind weiterhin der Mangel an qualifizierten Fachkräften, fehlende Rechtssicherheit, Intransparenz des öffentlichen Auftragswesens und Korruption, so titelt die AHK in ihrer Pressemitteilung. Diese finden Sie [hier](#).

Kroatien: 74 Prozent der Unternehmen, die an der Umfrage teilgenommen haben, würden Kroatien wieder als Standort wählen. Getrübt wird das Ergebnis durch den Blick auf die Konjunkturlage. Fast die Hälfte der Unternehmen bezeichnet die aktuelle Wirtschaftssituation als negativ. Positiver bewerten die Umfrageteilnehmer allerdings ihre eigene Geschäftslage und -erwartungen. Mehr zu den Ergebnissen finden Sie [hier](#) auf der Seite der AHK Kroatien.

Nordmazedonien: Auch in der **Republik Nordmazedonien** wurde die Stimmung der AHK-Mitglieder ermittelt. Mit Sorge blickt hier die Wirtschaft auf die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie. Auch Probleme bei den rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen wurden von den Mitgliedern der Wirtschaftsvereinigung benannt. Positive Nachricht: **Fast 70 Prozent aller Unternehmen würden wieder in Nordmazedonien investieren.** Dies ist eine solide Basis für die weitere Entwicklung der deutsch-mazedonischen Wirtschaftsbeziehungen. Die Präsentation und Ergebnisse finden Sie [hier](#) auf der Seite der **AHK Nordmazedonien**.

Rumänien: In **Rumänien** blicken die Mitglieder der AHK nach einem schwierigen Jahr 2020 spürbar optimistischer in die Zukunft. Die Lage der Unternehmen hat sich insgesamt deutlich verbessert (43 Prozent), wobei einige Wirtschaftssektoren weiterhin unter enormen wirtschaftlichen Druck stehen. Auch die Erwartungen an die Geschäftsentwicklung wird von 42 Prozent der Teilnehmenden als positiv bewertet. Viele Unternehmen planen zusätzliche Einstellungen. „Zurück“ auf der Tagesordnung ist als Problem das Thema Fachkräfte. Mehr Informationen zu den Ergebnissen finden Sie [hier](#) auf der Seite der **AHK Rumänien**.

Slowenien: Deutschland ist der wichtigste Handelspartner **Sloweniens**. Deutsche Unternehmen zeigen sich zufrieden mit ihren Investitionen im Land, das mit hoher Qualität und der Verfügbarkeit lokaler Zulieferer überzeugen kann. Allerdings sind die Bewertungen der Wirtschaftslage weniger positiv - nur 22 Prozent der Unternehmer sind zufrieden und haben diese als gut bewertet, 63 Prozent dagegen bewerteten die Wirtschaftslage als befriedigend und 16 Prozent als schlecht. Positiver ist der Blick auf die eigene Geschäftslage: 47 Prozent der Befragten schätzen diese aktuell als gut und 44 Prozent als zufriedenstellend ein. Im Bereich Forschung- und Entwicklung liegt das Land im Verhältnis zu den anderen mittel- und osteuropäischen Märkten vorn, was die Attraktivität betrifft. Nach der Rezession im Corona-Jahr 2020 wird erwartet, dass das Wirtschaftswachstum 2021 zurückkehrt, obwohl das Land immer noch vor einer Reihe von Herausforderungen steht. Die Ergebnisse der Umfragen finden Sie [hier](#) auf der Seite der AHK Slowenien.

Die Europäische Union wird die **Republik Moldau** mit einem **Konjunkturprogramm in Höhe von 600 Millionen Euro** wirtschaftlich unterstützen. Mit dem Programm sollen in den nächsten drei Jahren Makrofinanzhilfen, Zuschüsse und Investitionen mobilisiert werden, ergänzt durch Mischfinanzierungen und Finanzgarantien. Damit soll langfristig die sozioökonomische Erholung des Landes angekurbelt werden, so EU-Kommissar Oliver Varhelyi. Weitere Informationen finden Sie auf der Seite der [Europäische Kommission](#).

Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft

Am 21. Juni 2021 werden 52 von insgesamt 61 Stipendiaten nach Deutschland zu ihrer Einführungswoche einreisen, die in diesem Jahr COVID- bedingt zum Großteil in Brandenburg stattfinden wird. Neben vielfältigen Workshops zum Thema „Working and Living in Germany“, ist der Schwerpunkt auf ein generationsübergreifendes Teambuilding gelegt, um hier bereits das Fundament der regionalen Kooperation nach den Praktika zu legen.

Aus den insgesamt 1.100 Bewerbungen wurden insgesamt 61 Young Professionals ausgewählt, die in mehr als 40 Unternehmen die Möglichkeit erhalten werden, praxisorientierte Erfahrungen zu sammeln und ihr theoretisches Wissen in Wert zu setzen. Unser besonderer Dank gilt allen Unternehmen, die sich auch in diesem Jahr wieder an unserem Programm beteiligen.



Veranstaltungsnachlese

Berlin, Dortmund und Warschau: Dies waren am 9. Juni die Stationen der virtuellen **Jahresveranstaltung des Ost-Ausschusses**. Das traditionelle Sommer-Event fand wegen der Corona-Epidemie online statt. Neben dem Ost-Ausschuss-Vorsitzenden Oliver Hermes in Dortmund wurde in Warschau der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki live zugeschaltet. Anschließend gab der Ost-Ausschuss-Geschäftsführer Michael Harms einen Überblick über die aktuellen und geplanten Aktivitäten des Ost-Ausschusses. Die gestreamten Reden und weitere Hintergrundinformationen können über die Seite **www.oa-stream.de** abgerufen werden.

In der anschließenden Präsidiumssitzung des Ost-Ausschusses wurde Rolf Najork, Geschäftsführer (G3) der Robert Bosch GmbH in der Nachfolge von Uwe Raschke, in das Präsidium aufgenommen. Im Rahmen der Mitgliederversammlung erfolgte die Wahl von Prof. Dr. Klaus-Dieter Maubach, Vorsitzender des Vorstands der Uniper SE, in den Ost-Ausschuss-Vorstand als Nachfolger von Andreas Schierenbeck. Außerdem freut sich der Ost-Ausschuss über **neun neue Mitgliedsunternehmen**:

Becker Mining Europe GmbH, UNYLECTA, Degussa Sonne/Mond Goldhandel GmbH, Fährhafen Sassnitz GmbH/Mukran Port, Josef Schmelter GmbH, Meesenburg Grosshandel KG, NOTUS energy GmbH, Seib GmbH, Trützscher GmbH & Co. KG

Kommende Veranstaltungen

- **21. Juni – 1. Juli 2021:** Einführungswoche der 18. Generation des Stipendienprogramms der Deutschen Wirtschaft

- **25. Juni 2021:** 10:00 - 16:00 Uhr/
EEST Osteuropäische
Sommerzeit – **Deutsch-
Rumänische**



IN>BIZ
Insert Your Business Here

**SAVE
THE
DATE** **25
06**



Wirtschaftskonferenz:

Gemeinsam organisieren die Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer (AHK Rumänien) und der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V. (OA) mit Unterstützung des Deutschen Industrie- und Handelskammertags e.V. (DIHK) eine **Wirtschaftskonferenz**, um den Dialog zwischen Rumänien und der deutschen Wirtschaft zu intensivieren und Rumänien als attraktiven Investitionsstandort und verlässlichen Wirtschaftspartner vorzustellen. Hochrangige Mitglieder der rumänischen Regierung werden an der Konferenz, die ein Hauptpanel und vier thematische Workshops zu den Themen Produktion, Industrie 4.0, F&E, Green Deal (Energie & Umwelt), Infrastruktur & Logistik sowie Intelligente Städte, intelligente Regionen, umfasst, teilnehmen. **Wo:** Online und im AHK-Studio in Bukarest, **Wie:** Englisch mit deutscher Simultanübersetzung; **Anmeldung:** Kostenlose Teilnahme; Mit diesem Link können Sie sich [hier](#) registrieren. Weitere Informationen finden Sie in der Agenda [hier](#).

- **8./9. Juli 2021: Wirtschaftsforum im Rahmen der Drei-Meeres Initiative** – Weitere Informationen sowie Registrierungsmöglichkeit zur Online-Teilnahme finden Sie [hier](#). Eine Teilnahme vor Ort ist nur begrenzt möglich sein. Rückfragen richten Sie gern an [Anja Quiring](#), OA-Regionaldirektorin SOE.
- **30. Juni 2021: Virtuelles Wirtschaftsforum;** anlässlich des **Treffens der Wirtschaftsminister der Länder des Westlichen Balkans** im Rahmen des Berlin Prozesses organisiert das Bundeswirtschaftsministerium gemeinsam mit dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V. und dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag **von 9:30 bis 13:00 Uhr** eine virtuelle Wirtschaftskonferenz. Weitere Information sowie den Link zur Registrierung finden Sie [hier](#).

Weitere Veranstaltungen zu den Ländern der Region sind in Planung. Wir halten Sie mit dem kommenden Update oder als Mitglied auch direkt per Rundschreiben immer auf dem Laufenden.

Tipps & Links

Anlässlich der Jahresveranstaltung des Ost-Ausschusses am 9. Juni 2021 ist jetzt das umfangreiche **Mittel- und Osteuropa-Jahrbuch 2021** erschienen. Das Jahrbuch Mittel- und Osteuropa 2021 enthält auf rund 200 Seiten einen Überblick über die wichtigsten wirtschaftlichen Entwicklungen in unseren 29 Partnerländern und dokumentiert die Veranstaltungen und Projekte des Ost-Ausschusses in den zurückliegenden zwölf Monaten. Informationen zu den neu gebildeten Gremien und ein Verzeichnis der über 300 OA-Mitglieder schließen sich an. Danach folgen Wirtschaftsprofile aller mittel- und osteuropäischen Länder. Dadurch wird das Jahrbuch zu einem wertvollen Nachschlagewerk. Für eine kostenlose Zusendung (Printversion) des Jahrbuchs wenden Sie sich bitte an m.stender@oa-ev.de.

Am 17. Juni veranstaltet Agora Energiewende ein Online Webinar zum Thema **„On the road to greening economies in Southeast Europe: Options for economic recovery and renewables deployment“**. Weitere Informationen finden Sie [hier](#) auf der Agora Energiewende Internetseite.

Am 15. Juni präsentiert **Transparency International** den Global Corruption Barometer – EU 2021. Eine Zusammenfassung sowie die aktuellen Zahlen finden Sie [hier](#).

Inzwischen ist die **8. Folge** des Podcast's der **AHK Rumänien** zum Thema **Medizinische Versorgung und Pandemielage in Rumänien** verfügbar. Sie informiert über die staatliche Impfkampagne sowie die Maßnahmen, die Unternehmen ergreifen können. Der Podcast mit dieser Folge und Nr. 7 „Investitionsmöglichkeiten“ sowie Nr. 6 „Aus- und Weiterbildung“ sind frei zugänglich auf dem **AHK Rumänien-YouTube Kanal** [hier](#) oder auf dem **AHK Rumänien Profil bei Spotify** [hier](#).

Die **Konrad-Adenauer Stiftung in Sofia** und **The European Council on Foreign Relations (ECFR)** haben ein Gespräch mit **Anna Dimitrova**, Abteilungsleiterin für Energiepolitik,

Umwelt und Innovation von EVN Bulgarien sowie mit **Radan Kanev**, Mitglied des Europäischen Parlaments, EVP, und mit **Vessela Tcherneva**, stellvertretende Direktorin des ECFR und Leiterin des Büros in Sofia zum Thema „**The European Green Deal – state of play and Bulgaria’s way forward**“ initiiert. Das Gespräch ist auf Bulgarisch mit englischen Untertiteln und auf dem [ECFR YouTube Kanal](#) zu finden. Ebenso wurde ein Round Table zum Thema „Competitiveness of the Bulgarian economy in the context of the European Green Deal“ vom ECFR durchgeführt und auf Englisch übersetzt. Die Diskussion ist ebenfalls auf dem [ECRF YouTube Kanal](#) zu finden.

Wichtige Quellen mit **aktuellen Informationen** zu den letzten Entwicklungen rund um die einzelnen Länder Südosteuropas sind die Seiten der Auslandshandelskammern und bilateralen Wirtschaftsvereinigungen:

- [Deutsch-Bulgarische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Bosnien und Herzegowina](#)
- [Deutsch-Kroatische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Kosovarisch-Deutsche Wirtschaftsvereinigung \(KDWV\)](#)
- [Delegation der Deutschen Wirtschaft in Nordmazedonien](#)
- [Deutsch-Serbische Wirtschaftskammer](#)
- [Deutsch-Rumänische Industrie- und Handelskammer](#)
- [Deutsch-Slowenische Industrie- und Handelskammer](#)

Weiterhin können Sie sich zu den aktuellen Entwicklungen bezüglich des **Corona-Virus** auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

- Deutsche Botschaft in [Albanien](#)
- Deutsche Botschaft in [Bosnien und Herzegowina](#)
- Deutsche Botschaft in [Bulgarien](#)
- Deutsche Botschaft in [Kroatien](#)
- Deutsche Botschaft in [Kosovo](#)
- Deutsche Botschaft in [Moldau](#)
- Deutsche Botschaft in [Montenegro](#)
- Deutsche Botschaft in [Nordmazedonien](#)
- Deutsche Botschaft in [Rumänien](#)
- Deutsche Botschaft in [Serbien](#)
- Deutsche Botschaft in [Slowenien](#)

Weitere **Hintergrundinformationen** zur Arbeit des Ost-Ausschusses und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [LinkedIn](#) und bei [Twitter](#).

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten

exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie [hier](#).

Kontakt



Anja Quiring

Regionaldirektorin Südosteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

T: +49 30 206 167 130

E: a.quiring@oa-ev.de



Antje Müller

Programmdirektorin

Zoran Djindjic Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft
für die Länder des Westlichen Balkans

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V.

T. +49 30 206167-137

E: a.mueller@oa-ev.de



Karen Kümpel

Sekretariat Regionaldirektion Südosteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V.

T. +49 30 206167-131

E: k.kuempel@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Andreas Metz
Tel.: +49 (0)30 206167-120
E-Mail: A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)